

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich - Demokratischen und Christlich - Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland - Union - Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739 Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 6 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 25. Januar 1950

Seite 1

Lastenausgleich — eine Zerreißprobe

A IV 7 b Lastenausgleich

Der Bundestag wird sich in Kürze mit einem der wichtigsten Anliegen unserer Zeit, dem endgültigen Lastenausgleich, zu beschäftigen haben. Dieser Lastenausgleich, über den in den Kreisen der Geschädigten wie auch der Abgabepflichtigen und der politischen Parteien noch die verschiedensten Vorstellungen und Auffassungen herrschen, stellt ein völlig neues Novum dar. Zum erstenmal werden weite Kreise der Bevölkerung herangezogen, wenigstens einen kleinen Teil der Lasten tragen zu helfen, denen der Krieg sie in übermäßigem Maße auferlegt hat.

Gewiß wird sich diese Gemeinschaftshilfe — denn das soll sie in ihrer wahren Bedeutung sein — nur auf einen gewissen materiellen Ausgleich der Schäden beschränken können. Die ideellen Verluste, deren Wert unermessbar ist, sind nicht zu ersetzen. Da dieser Versuch, die materiellen Lasten wenn auch in bescheidenem Maße auszugleichen, bisher kein Vorbild hat und sich nicht auf Erfahrungen stützen kann, und da andererseits alle Schichten der Bevölkerung ebenso wie die deutsche Wirtschaft selbst — als Geschädigte oder als Gebende — davon betroffen werden, ist es nur natürlich, wenn an den ganzen Komplex mit der notwendigen Vorsicht und Ueberlegung herangegangen wird.

Es ist daher verständlich, wenn die verschiedensten Kreise — aus dem Wunsche heraus, ihre Belange bis zur äußersten Grenze vertreten zu sehen — die unterschiedlichsten Ansichten über den ganzen Fragenkomplex des Lastenausgleichs haben. In einem aber sind sich alle einig: Der Lastenausgleich ist notwendig, um

dem großen Kollektiv der durch den Krieg schwer Geschädigten die schwere Last tragen zu helfen, die seit fünf Jahren auf ihnen ruht.

Am Beginn des Stadiums, in dem Regierung und Parlament in die Erörterungen um die Durchführung eintreten, ist es abwegig, Betrachtungen über Einzelheiten des endgültigen Lastenausgleichs anzustellen. Gewisse Grundsätze, die oft einander entgegenzustehen scheinen aber doch auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden müssen, deuten die ganze Schwierigkeit dieses Gesetzes an. Auf der einen Seite soll der Lastenausgleich den Geschädigten einen möglichst großen Teil des erlittenen Schadens — wenn nicht gar alles — ersetzen. Das wird nicht möglich sein, da die Grenzen der Leistungsfähigkeit sehr eng sind. Der andere Grundsatz ist: Die Währung muß erhalten bleiben, die Produktion darf nicht zerstört werden.

Innerhalb dieser beiden Grenzen wird sich der Lastenausgleich bewegen müssen und es wird nicht leicht sein, die ausgleichende Lösung zu finden: möglichst vielen eine umfassende Entschädigung zu geben, innerhalb einer sehr geringen Leistungsfähigkeit. Es wird Aufgabe der Fraktionen unter sich und des Parlaments sein, alle Ansichten und alle Forderungen und Hindernisse gegeneinander abzuwägen und mit dem notwendigen Verantwortungsbewußtsein das Richtige zu treffen. Der Lastenausgleich wird die Zerreißprobe des deutschen Volkes sein.

Todesstrafe gegen die Freiheit

B IV Sowjetunion

Die Sowjetunion hat die Todesstrafe wieder eingeführt. Im Jahre 1947 war sie abgeschafft worden. Unter großem Stimmaufwand wurde dies vor aller Welt als große Errungenschaft des freiheitsliebenden und demokratischen russischen Volkes gepriesen und damit begründet, in Rußland gebe es keine Feinde des sowjetischen Regimes mehr.

Wenn dies zuträfe, müßte man eigentlich annehmen, nach dem gewonnenen Kriege habe erst recht kein Russe Grund, seiner Regierung feindlich gesinnt zu sein, einer Regierung zudem, die vorgibt, sozialistisch zu sein und für ihre Bürger Lebensbedingungen geschaffen zu haben, wie sie kein anderes Volk der Erde aufweisen kann. Wir wissen, daß dem nicht so ist und daß auch in Rußland selbst das bolschewistische System seine Gegner hat.

Bezeichnenderweise werden von der Wiedereinführung der Todesstrafe jedoch nicht kriminelle Verbrecher, sondern „Verräter an der Heimat, Spione und Saboteure“ betroffen. Was aber „Ver-

rat, Spionage und Sabotage“ in einem autoritären Regime heißen, wissen gerade wir Deutsche am besten.

Damit hat die sowjetische Regierung nicht wirklichen Verbrechern mit der schwersten Strafe gedroht, die ein Staat verhängen kann, sondern sie hat der Freiheit in aller Form und vor aller Öffentlichkeit den Todesstoß versetzt. Wer die Methoden der Sowjets kennt — und wer kennt sie nicht? —, weiß: Die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Sowjetunion hat der Willkür Tür und Tor geöffnet. Jeder, der den bolschewistischen Machthabern mißliebig ist, wird auch weiterhin mit der den Sowjets eigenen Findigkeit zum Verräter an der Heimat oder zum Saboteur gestempelt werden — nur mit dem Unterschied, daß er nun nicht mehr bei der Zwangsarbeit in Sibirien, sondern auf dem Schafott endet. Und jeder, der das Recht der persönlichen Freiheit, Kritik zu üben, für sich in Anspruch nimmt, ist mißliebig, trotzdem sich die Sowjetunion eine „Demokratie“ nennt.

A III 3a Sozialisierung

Sozialistische Thesen zur „Gemeinwirtschaft“

In einem Vortrag vor dem Frankfurter Bund für Volksbildung behandelte der ehemalige hessische Wirtschaftsminister und jetzige Bundestagsabgeordnete Dr. Harald Koch (SPD), der weiteren Kreisen durch sein Gesetz über die „Sozialgemeinschaften“

bekannt geworden ist, das Problem der „freien Gemeinwirtschaft“. Im Grunde bestehe, so betonte er, kein allzu großer Unterschied zwischen der gegenwärtigen sozialen Marktwirtschaft und der freien Gemeinschaft, wie sie von ihm vertreten werde. Jede Wirtschaftspolitik müsse sich praktisch der Lenkung und Planung bedienen. Unter „freier Gemeinwirtschaft“ dürfe nicht die Rückkehr zur Zwangswirtschaft verstanden werden. Vielmehr habe sich auch bei der Wirtschaftsform der freien Gemein-

Denken Sie bitte an die baldige Einzahlung der Bezugsgebühren!

wirtschaft der Staat so weit wie nur möglich aus der Wirtschaft herauszuhalten. Auch dürfe er nicht selbst Wirtschaft treiben, sondern müsse die Voraussetzung für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung im Interesse aller Volksschichten schaffen. Insbesondere sei erforderlich, darüber zu wachen, daß nicht die Rentabilität für die Führung eines Betriebes, sondern allein die Bedarfsdeckung der Bevölkerung entscheidend sei. Durch Lenkung des Kapitalmarktes müßten Investitionen, die dem allgemeinen Interesse widersprächen, verhindert werden. Unerläßlich sei auch die Planung des Außenhandels im Rahmen der gesamt-europäischen Erfordernisse. In die Wirtschaftsform der freien Gemeinwirtschaft gehöre ferner die Sozialisierung. Es sei nicht richtig, betonte Dr. Koch, zugunsten der Marktwirtschaft auf die USA als Beispiel zu verweisen. In den Vereinigten Staaten werde mehr und mehr seitens des Staates nicht nur im inner-amerikanischen, sondern auch im internationalen Rahmen von der Planung und Lenkung der Wirtschaft Gebrauch gemacht.

A IV 7a Allgemeines

Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet

Der CDU-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft ist es nach viermaligen Anträgen endlich gelungen, die Gleichstellung der Flüchtlingsbeamten mit den eingessenen Beamten hinsichtlich der Pensionsregelung durchzusetzen. Nach langen Debatten in den Ausschüssen sowie in der Bürgerschaft und nachdem sich der Senat eindeutig gegen die Gleichstellung ausgesprochen hatte, wurde schließlich doch mit Mehrheit der von der CDU angestrebte Beschluß angenommen. Damit ist durch die Initiative der CDU das Land Bremen das zweite Land nach Nordrhein-Westfalen, in dem die Flüchtlingspensionäre die Auszahlung des vollen Ruhegehaltes erreicht haben.

A II 3 Minister

Verzeichnis der Bundesministerien

Bundeskanzleramt
 Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer
 Koblenzer Straße (Palais Schaumburg), Fernruf: 7942.
 Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshall-Planes
 Minister Franz Blücher (FDP)
 Koblenzer Straße 150—160, Fernruf: 7942.
 Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates
 Minister Heinrich Hellwege (DP)
 Koblenzer Straße 120, Fernruf: 7942.
 Bundesministerium für Inneres
 Minister Dr. Gustav Heinemann (CDU)
 Rheindorfer Straße 198, Fernruf: 8541.
 Bundesministerium für Justiz
 Minister Dr. Thomas Dehler (FDP)
 Rheindorfer Straße 198, Fernruf: 2341.
 Bundesministerium für Arbeit
 Minister Anton Storch (CDU)
 Rheindorfer Straße 198, Fernruf: 8541.
 Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen
 Minister Dr. Hans Lukaschek (CDU)
 Rheindorfer Straße 198, Fernruf: 8541.
 Bundesministerium für Finanzen
 Minister Dr. Fritz Schäffer (CSU)
 Rheindorfer Straße 196, Fernruf: 8444.
 Bundesministerium für Wirtschaft
 Minister Prof. Dr. Ludwig Erhard (CDU)
 Rheindorfer Straße 196, Fernruf: 8444.
 Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung
 Minister Wilhelm Niklas (CSU)
 Rheindorfer Straße 196, Fernruf: 8444.
 Bundesministerium für Wohnungsbau
 Minister Eberhard Wildermuth (DVP)
 Rheindorfer Straße 196, Fernruf: 8444.
 Bundesministerium für Post
 Minister Dr. Hans Schuberth (CSU)
 Rheindorfer Straße 196, Fernruf: 3144.
 Bundesministerium für Verkehr
 Minister Dr. Christoph Seebohm (FDP)
 Endericher Allee 60, Fernruf: 3612.
 Bundesministerium für gesamt-deutsche Fragen
 Minister Jakob Kaiser (CDU)
 Bottler Platz 3, Fernruf: 7641.

A IV 1 b Kommunale Selbstverwaltung u. Gemeindeverbände

CDU für Rückführung der Evakuierten

Die CDU-Fraktion der Stadt Köln hat an den Landtag von Nordrhein-Westfalen den Antrag gerichtet, die Landesregierung zu veranlassen, im Rahmen der Darlehensgewährung für den Wiederaufbau von Wohnungen Sondermittel verfügbar zu machen, d. h. den Schlüssel für die Zuteilung dieser Mittel zu ändern. Die Fraktion ist ferner an den Bundestag mit der Eingabe herangetreten, Rückführung und Versorgung der noch evakuierten Bevölkerung zerstörter Städte in Bezug auf die gesetzlichen Maßnahmen und die besondere Hilfe genau so zu handhaben wie für Flüchtlinge. Der Antrag bezweckt die Gleichsetzung der Evakuierten mit den Flüchtlingen.

C d Junge Union

Zeitaufgeschlossenes Studententum

Die CDU-Hochschulgruppe der Berliner Freien Universität lehnte in einer überfüllten Versammlung die alten überlebten und oft mißbrauchten Formen studentischer Verbindungen aus sozialen und politischen Gründen ab. Namhafte Professoren und Altakademiker stimmten mit den Studenten, die sich ausnahmslos gegen das alte Korpswesen aussprachen; sie forderten neue Gemeinschaftsformen und zeigten sich bereit, sie zu unterstützen.

Der Kartellverband der Katholischen Studentenvereine Deutschlands (KV) begrüßte bei einer Arbeitstagung in Regensburg die Entschließung des Großen Senats der Universität Tübingen und der westdeutschen Rektorenkonferenz. Die einzelnen studentischen Lebensgemeinschaften des KV erstreben auch heute eine zeit-aufgeschlossene Entwicklung der studentischen Generation in Verantwortung gegenüber Kirche und Volk.

A VI Sowj. bes. Zone

Künstlich fabrizierte Abgeordnete

In der Sowjetzone werden neuerdings Abgeordnete der Parlamente bestimmt und nicht mehr gewählt. Man entschloß sich dazu, da die vor mehr als drei Jahren aufgestellten Listen infolge des „starken Menschenverbrauchs“ durch Säuberung oder Flucht vielfach erschöpft sind. Die Neuwahlen sind verschoben, und so behilft man sich damit, daß die nachrückenden Abgeordneten einfach „nominiert“ werden. Nationaldemokraten und Bauernpartei, die es vor drei Jahren noch nicht gab, die aber auf Verlangen der Sowjets als von abkommandierten SED-Leuten geführte Organisationen unbedingt ebenso in die Parlamente einziehen sollen wie die sogenannten kommunistischen „Massenorganisationen“, werden in Zukunft nicht nur in den Ausschüssen sondern auch im Plenum künstlich fabrizierte „Abgeordnete“ erhalten. Das widerspricht zwar der Verfassung der Sowjetzone, aber es gehört zu der Planung, um die Bevölkerung der Sowjetzone bis zum Oktober „wahlreif“ zu machen.

A III 1 CDU/CSU

Neuer Fraktionsvorstand CDU/CSU

Zu Stellvertretern des Fraktionsvorsitzenden Dr. Heinrich von Brentano wählte die Bundestagsfraktion der CDU/CSU am 17. Januar die Abgeordneten Carl Schröter (Kiel) und Franz Josef Strauß (Schongau). Der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Dr. Friedrich Holzappel, hatte gebeten, von einer Wiederwahl seiner Person Abstand zu nehmen. Abg. Dr. Holzappel hat das Amt des geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU der britischen Zone übernommen und ist infolge der damit verbundenen erhöhten Inanspruchnahme nicht in der Lage, den stellvertretenden Vorsitz in der Fraktion weiterzuführen.

A V e Niedersachsen

Um die Neuordnung Niedersachsens

Die CDU-Fraktion des Niedersächsischen Landtages und der Zentralausschuß der CDU Niedersachsen berieten gemeinsam Grundfragen eines niedersächsischen Verfassungsgesetzes. Man sprach sich einmütig dafür aus, daß das Gesetz von einer breiten Landtagsmehrheit getragen sein und daß gleichzeitig mit der Verfassungsänderung eine Überprüfung des Wahlgesetzes vorgenommen werden müsse. Vor Annahme einer Verfassung müßten auch die Fragen um die ehemaligen Länder Braunschweig und Oldenburg bereinigt werden.